

# Grüne attackieren Weserversalzung

## Keul und Limburg erwarten Signal des Landes

**Landkreis (DH).** Vor der Genehmigung einer Salzpipeline in die Oberweser warnen die heimischen Bundes- und Landespolitiker Katja Keul und Helge Limburg (beide Grüne). Für sie „wird die Weser das Opfer wirtschaftlicher Interessen“.

Wie berichtet, will der Düngemittelkonzern Kali + Salz über die Rohrleitung jährlich 1,5 Millionen Kubikmeter Salzlauge in den Fluss einleiten. Der Regierungspräsident Kassel hat im Vorfeld des Planfeststellungsverfahrens bereits Einleitungserlaubnis signalisiert.

Die Grünen meinen, die Weser sei „schon jetzt der salz-

reichste Fluss Mitteleuropas“ und mit dem Bauvorhaben, für das Anfang 2013 das Raumordnungsverfahren beginnt, werde Problemverlagerung betrieben, wo Problemlösungen verlangt seien. Limburg und Keul sehen die technischen Möglichkeiten zur Vermeidung und Verwertung der Reststoffe in der Kaliproduktion nicht ausgeschöpft und werfen K+S vor, den billigsten Weg des Wegkippen dem der Abwasservermeidung vorzuziehen. 50 Prozent weniger Salzlauge abwässern halten die Politiker für möglich, wenn der Konzern einen Teil seiner Milliardenumsätze in neue Ver-

fahren stecke. Für technisch nicht vermeidbare Restmengen favorisieren sie eine Pipeline in die Nordsee, wie sie Naturschutzverbände und alle Vertreter von Ländern und Kommunen am Runden Tisch zur Werra-Weserversalzung befürworten. „Bis auf K+S und die niedersächsische Landesregierung unter Ministerpräsident McAllister“, so die Grünen.

Die „Blockadehaltung“ von CDU und FDP begünstige „den dreisten Plan des Landes Hessen und des Weltkonzerns K+S“, die Laugeneinleitung an die niedersächsische Landesgrenze zu verlagern.